

## **Die neue Geschichte der Polytechnischen Gesellschaft**

**Vortrag zur Buchvorstellung während der Festveranstaltung der Polytechnischen Gesellschaft e.V. am 20. September 2010, in der Deutschen Nationalbibliothek in Frankfurt am Main – Dr. Thomas Bauer**

Vielen Dank Herr Professor Ring,  
Sehr geehrte Damen und Herren!

Mein Auftrag, Ihnen die Geschichte der Polytechnischen Gesellschaft in einer guten Viertelstunde darzulegen, gleicht einer Quadratur des Kreises. Das Erscheinungsbild der Gesellschaft – das klang eben schon bei Herrn Ring an – wird seit der Eröffnung der Sonntagsschule für Lehrlinge und Gesellen im November 1817 von den polytechnischen Tochterinstituten geprägt. Nach der Sonntagsschule, mit der übrigens das Berufsschulwesen in Frankfurt seinen Anfang genommen hat, traten bis zur Gründung der Stiftung Polytechnische Gesellschaft vor 5 Jahren an die 50 Tochterinstitute auf den Plan.

Von ihnen haben sich viele im Laufe der Zeit verselbstständigt, andere sind entweder in städtische Verwaltung übergegangen oder wieder in der Versenkung verschwunden. Geblieben sind die 1837 gegründete Stiftung für Blinde und Sehbehinderte, die Wöhler-Stiftung von 1846, der Kunstgewerbeverein aus dem Jahr 1877, das Institut für Bienenkunde (1937) sowie der Verein zur Pflege der Kammermusik und das Kuratorium Kulturelles Frankfurt, die seit rund 50 Jahren die polytechnische Familie bereichern.

Über jede dieser sechs erwachsenen Töchter ließe sich ein abendfüllender Vortrag halten oder ein dickleibiges Buch schreiben. Auch das von Herrn Ring erwähnte Unterfangen, eine neue Geschichte der Polytechnischen Gesellschaft zu verfassen, ist aufgrund der komplexen Thematik nicht ohne gewesen. Vermutlich kennen sie ja das 1966 von dem Wirtschaftshistoriker Franz Lerner unter dem geradezu genialen Titel „Bürgersinn und Bürgertat“ veröffentlichte Standardwerk über die Geschichte der Polytechniker in Frankfurt.

Das neue Buch „In guter Gesellschaft“ baut auf dem 600-Seiten-Opus auf, schildert die ersten 150 Jahre der Vereinigung in gestraffter Form und

richtet das Augenmerk auf zwei bislang zu kurz gekommene Aspekte: den Anteil der Polytechniker an der liberalen Bewegung im Vormärz und die „Gleichschaltung“ der Polytechnischen im Nationalsozialismus. Die Fortschreibung der Vereinsgeschichte von 1966 bis heute nimmt etwa ein Drittel des Gesamtumfangs ein.

[Im Hintergrund sehen sie die erste Seite meines Manuskripts eingeblendet. Ich schreibe meine Texte immer mit der Hand, bevor ich sie in den PC einbebe. Nach dem Kredo: Je langsamer man schreibt, umso schöner werden die Sätze.]

Doch zurück zur Ausgangsfrage, ob die bald 200-jährige Geschichte der Polytechnischen Gesellschaft in einen 15-minütigen Vortrag hineingepackt werden kann. Der große französische Sozialhistoriker Marc Bloch fordert in dem Essay „Apologie der Geschichte oder der Beruf des Historikers“ – ich zitiere: „Gegenstand der Geschichte ist wesentlich der Mensch, sagen wir besser: die Menschen. Hinter den Landschaftsbildern, den Werkzeugen und Maschinen, hinter den trockensten Büchern und hinter scheinbar total verselbstständigten Institutionen sucht der gute Historiker stets die Menschen zu erfassen.“ – Zitat Ende.

Als „guter Historiker“ – ich setzte das mal in Anführungszeichen – möchte ich ihnen 3 Polytechniker vorstellen: den Gründer Johann Heinrich Moritz Poppe, den Pauskirchen-Abgeordneten Friedrich Siegmund Jucho und den Nationalsozialisten Wilhelm Avieny. Die Verknüpfung der Biographien mit der Geschichte der Polytechnischen und der Frankfurter Stadtgeschichte ist zugleich der Versuch – sie haben das längst durchschaut – mich als Referent zur Historie der Polytechnischen Gesellschaft möglichst elegant aus der Affäre zu ziehen.

Die Wiege des Gründers der Polytechnischen Gesellschaft, Johann Heinrich Moritz Poppe, stand 1776 in Göttingen, einem Zentrum der deutschen Aufklärung. Im Alter von 29 Jahren kehrte der studierte Sohn eines Uhrmachers seiner Vaterstadt den Rücken und übernahm 1805 eine Stelle als Lehrer für Mathematik und Physik am Gymnasium in Frankfurt am Main – nicht ahnend, dass die Reichsstadt vor einer Zeitenwende stand.

Die militärischen Niederlagen gegen Napoleon bewogen Kaiser Franz II. im August 1806 zur Auflösung des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation. Frankfurt am Main, der ehemalige Wahl- und Krönungsort der römisch-deutschen Kaiser, wurde dem letzten Mainzer Erzbischof Carl Theodor von Dalberg als Teil eines Fürstentums zuerkannt.

In Abhängigkeit von Frankreich und geleitet von den Idealen der Französischen Revolution wurden während der kurzen Regierungszeit des aufgeklärten Fürsten in Frankfurt viele alte Zöpfe abgeschnitten. So wurde als Zivilrecht der Code Napoléon eingeführt, die Gleichberechtigung aller Untertanen einschließlich der Juden erklärt und das Schul- und Bildungswesen reformiert. Nach der Niederlage der napoleonischen Streitmacht gegen die verbündeten russischen, preußischen und österreichischen Armeen im Oktober 1813 in der Völkerschlacht bei Leipzig musste Dalberg Frankfurt fluchtartig verlassen. Anschließend gab sich die Freie Stadt Frankfurt als Mitgliedsstaat des Deutschen Bundes, indem sie mit den meisten Dalbergischen Reformen brach, eine neue rückwärtsgewandte Verfassung.

Die fortschrittlich denkenden Parteigänger Dalbergs gerieten in der Freien Stadt ins politische Abseits. Aufgeklärte Köpfe wie Johann Heinrich Moritz Poppe fanden im Vereinswesen, der modernen Form der Selbstorganisation des Bürgertums ein neues Betätigungsfeld. Poppe griff aber zunächst erst einmal zur Feder und veröffentlichte im März 1816 unter dem Titel „Deutschland auf der höchst möglichen Stufe seines Kunstfleißes und seiner Industrie“ einen Beitrag zur Gewerbeförderung, der zum Manifest für die Polytechnische Gesellschaft werden sollte.

Seitdem die von Napoleon gegen die britischen Inseln verhängte Kontinentalsperre wieder aufgehoben worden war, hatte preiswerte Qualitätsware aus England den deutschen Markt überschwemmt und viele inländische Hersteller an den Rand des Ruins gebracht. Um die deutschen Manufakturen auf ihre „höchst mögliche Stufe“ und somit auf Augenhöhe zur englischen Industrie zu befördern, setzte Poppe auf den verstärkten Einsatz von Maschinen und auf eine bessere Ausbildung. In technologischen Lehranstalten sollte der Nachwuchs das notwendige Rüstzeug für die Ausübung eines Handwerks oder die Arbeit in einer Fabrik erhalten. Leuchtende Vorbilder sah Poppe in der 1794 gegründeten École

Polytechnique in Paris und in der „Hamburgischen Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe.“

Poppe ließ es nicht beim Bücher schreiben bewenden. In einem kleinen Kreis von „Freunden und Patrioten“ diskutierte er im Sommer 1816 die Idee für eine Frankfurter Bildungs- und Wirtschaftsinitiative. Mit rund 30 Gleichgesinnten gründete er schließlich am 24. November 1816 die „Frankfurtische Gesellschaft zur Beförderung der nützlichen Künste und der sie veredelnden Wissenschaften“. Die Gründungsmitglieder wählten Poppe zum Präsidenten der später in „Polytechnische Gesellschaft“ umbenannten Vereinigung.

Die Gesellschaft bezweckte die Hebung der „nützlichen Künste“ – also des Gewerbes – wobei sich die Bestrebungen nach Bildung und nach wirtschaftlichem Fortschritt gegenseitig befruchten sollten. „Von mehreren Seiten her“, hieß es in dem gedruckten Gründungsaufwurf der Polytechniker, „verbreiten sich Stimmen zur Erhöhung unseres Kunstfleißes. Was könnte nun wohl zur Erreichung dieser herrlichen Zwecke mehr beitragen, als patriotische Verbindungen von Männern, denen das Wohl ihres Vaterlandes am Herzen liegt? Als die Stiftung von Gesellschaften, deren Tendenz die Vergrößerung unserer Industrie ist? Und welche deutsche Stadt eignete sich wohl mehr zu solchen wohltätigen Verbindungen, als unser Frankfurt, das durch den Handel so wichtig, und durch den Zusammenfluss vieler anderer günstiger Umstände eine der ersten Städte Deutschlands ist.“

Johann Heinrich Moritz Poppe folgte 1818 einem Ruf auf den Lehrstuhl für Technologie an der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen. Nachdem der Präsident der „Gesellschaft zur Beförderung nützlicher Künste“ innerhalb von zwei Jahren dreimal gewechselt hatte, sorgte ab Januar 1821 August Anton Wöhler für Kontinuität. Während seiner fast 30-jährigen Amtszeit kamen zur Sonntagsschule acht weitere Institute hinzu, darunter die Frankfurter Sparkasse von 1822. Wöhler hielt Abstand zur Tagespolitik und steuerte die „Gesellschaft“ einigermaßen unbeschadet durch den Vormärz und die Deutsche Revolution von 1848.

Für den preußischen Bundestagsgesandten Carl Ferdinand Friedrich von Nagler war Frankfurt um 1840 ein übles „Liberalennest“. Zugleich befand

sich in der Freien Stadt mit dem Deutschen Bundestag aber auch das Zentrum der Restauration. In der „heimlichen Hauptstadt“ des Deutschen Bundes prallten oppositionelle und reaktionäre Kräfte aufeinander. Als Weltanschauung des aufstrebenden Bürgertums stand der Liberalismus für Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und freie unternehmerische Betätigung. Die Fürsten und die Symbolfigur für das restaurative System der Unterdrückung, der österreichische Staatskanzler Fürst Metternich, sahen in der liberalen Bewegung eine ernste Bedrohung für die alte Ordnung.

Der zweite Polytechniker, den ich ihnen vorstellen möchte, war einer, ja wenn nicht der Führer der Liberalen in Frankfurt – sein Name: Friedrich Sigmund Jucho. 1805 in Frankfurt geboren, hatte Jucho das Gymnasium besucht, an dem Johann Heinrich Moritz Poppe unterrichtete, und sich anschließend an der Universität Halle eingeschrieben. In Halle wurde Jucho erstmals „auffällig“ und wegen seiner Zugehörigkeit zu einer der verbotenen Burschenschaften exmatrikuliert. Nachdem er schließlich an der Universität Gießen zum Doktor der Jurisprudenz promoviert worden war, eröffnete Jucho in Frankfurt am Main eine Anwaltskanzlei.

Als Mitglied des Press- und Vaterlandsvereins nahm der Jurist Jucho im Mai 1832 am Hambacher Fest teil. Ein Jahr später trat er der „Gesellschaft zur Beförderung nützlicher Künste“ bei. Den vorläufigen Höhepunkt der Auseinandersetzungen erlebte die Stadt Frankfurt am 3. April 1833 mit dem Sturm von etwa 50 Bewaffneten auf die Haupt- und auf die Konstablerwache. Die Aktion zur Gefangenenbefreiung sollte das Fanal zum Sturz des Bundestages und zur Errichtung einer deutschen Republik setzen, scheiterte aber im Kugelhagel des Linienmilitärs. Obwohl er sich am Wachensturm nicht aktiv beteiligt hatte, wurde Jucho 1834 festgenommen und zu einer 4-jährigen Haftstrafe verurteilt.

Am Sitz des Deutschen Bundestags herrschte um 1840 eine trügerische Ruhe. Das Metternichsche Überwachungssystem profitierte von geheimen Listen und anonymen Denunziationen. In den Akten der Frankfurter Bundespräsidialkanzlei befindet sich ein im November 1840 angefertigtes Verzeichnis der Frankfurter Liberalen. Der anonyme Verfasser listete namentlich 44 Frankfurter auf, „welche – Zitat – die eigentliche liberale Partei von politischem und moralischem Einfluss dahier bilden. Es sind

keine jungen Leute mehr. Die meisten stehen in den Vierzigern und darüber. Bei ihnen kann also keine Rede von Jugendschwärmerei sein, ihre politischen Meinungen sind fest begründet und bei den meisten ultraliberaler Natur: sie wollen den Umsturz.“

Ein Abgleich dieser Schwarzen Liste mit dem Mitgliederverzeichnis der „Gesellschaft zur Beförderung nützlicher Künste“ offenbart den starken Anteil der Polytechniker an den liberalen Bestrebungen in Frankfurt. Außer Jucho werden 16 weitere Polytechniker als aktive Liberale denunziert.

Der Funke der französischen Revolution, die in dem Nachbarland zur Abdankung des Königs und zur Ausrufung der Republik geführt hatte, sprang im März 1848 auf die Staaten des Deutschen Bundes über. Allorten wurde für Presse- und Vereinsfreiheit demonstriert und die Einberufung eines frei gewählten gesamtdeutschen Parlaments gefordert. Nach blutigen Barrikadenkämpfen mit vielen Toten und Verwundeten in Berlin willigten die Einzelstaaten des Deutschen Bundes ein, dass in Frankfurt am Main eine verfassunggebende Nationalversammlung zusammentreten sollte.

Der damals rund 58.000 Einwohner zählenden Stadt Frankfurt stand ein Parlamentssitz zu, um den sich die beiden liberalen Polytechniker Friedrich Sigmund Jucho und Maximilian Reinganum bewarben. Bei der Kandidatenwahl unterlag der Radikaldemokrat Reinganum dem gemäßigten Jucho. So zog am Nachmittag des 18. Mai 1848 der Polytechniker Friedrich Sigmund Jucho als einer von 585 Abgeordneten der Nationalversammlung in die Frankfurter Paulskirche ein.

Franz Lerner hatte sich 1966 bei der Abfassung von „Bürgersinn und Bürgertat“ in Bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus – Zitat – „aus Rücksicht auf noch lebende Personen zu einer gewissen Zurückhaltung veranlasst gesehen“. Die in den nächsten Tagen erscheinende neue Geschichte nennt bei der Rekonstruktion der 1936 durchgesetzten „Gleichschaltung“ der Polytechnischen Gesellschaft Ross und Reiter.

Wilhelm Avieny, dem dritten und letzten Polytechniker, den ich ihnen vorstellen möchte, kommt eine Schlüsselrolle bei der „Gleichschaltung“ der Polytechnischen zu. Der 1897 geborene Wiesbadener musste im Ersten

Weltkrieg die Schulbank mit dem Schützengraben vertauschen. Anfang 1931 ist er Mitglied der Geschäftsleitung bei der Städte-Reklame. Seit Dezember 1931 NSDAP-Mitglied avancierte Avieny nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ zum Generaldirektor der Nassauischen Landesbank und zum Berater des Gauleiters Jakob Sprenger in Wirtschaftsfragen. Zwischen 1931 und 1945 hat Avieny sage und schreibe rund 40 Aufsichtsräten als Mitglied oder als Vorsitzender angehört, so zum Beispiel der Main-Kraftwerke AG, der Nassauischen Heimstätte oder der Lurgi GmbH. Ab November 1938 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Metallgesellschaft musste sich das SS-Mitglied im August 1949 vor der Frankfurter Spruchkammer verantworten, die ihn in die Gruppe der „Belasteten“ einstuft und zu dreieinhalb Jahren Arbeitslager verurteilt.

Gauleiter Sprenger beauftragte Avieny im Sommer 1936 mit einer Überprüfung der Polytechnischen Gesellschaft und mit der Ausarbeitung einer das nationalsozialistische „Führerprinzip“ und die „Ariervorschriften“ enthaltenden Satzung. Der Erfüllungsgehilfe stattete am 7. August 1936 dem Präsidenten der Polytechnischen, dem emeritierten Physikprofessor Richard Wachsmuth, einen Besuch in seiner Privatwohnung ab, bei dem er den 68-Jährigen wohl auch wegen dessen – Zitat – „nicht ganz arischen“ Ehefrau massiv unter Druck setzte. Einen Tag nach Avienys Besuch legte der honorige Wachsmuth das Präsidentenamt nieder.

Die Gauleitung hielt sich nunmehr an den Vizepräsidenten der Polytechnischen Gesellschaft, Stadtrat Bruno Müller. Ultimativ forderte Avieny Müller auf, den Vorstand und den Engeren Ausschuss der Polytechnischen am 7. September 1936 zur Beratung einer neuen Satzung einzuberufen, an der auch Gauleiter Sprenger teilnehmen werde. „Wir warteten“ erinnerte sich Müller später an die denkwürdige Sitzung, „über eine Stunde vergeblich. Dann erschien der Gauleiter in Begleitung von Avieny. Der Gauleiter war nach meiner Erinnerung im Jagdanzug und hatte einen hochroten Kopf, sodass ich annahm, dass man vorher gut getrunken hatte.“

Sprenger ergriff sofort das Wort und kündigte an, den Verein künftig auf der Basis einer neuen Satzung stärker in den nationalsozialistischen Gau Hessen-Nassau einzubinden. Sodann ließ er von Avieny den Text der Satzung verlesen. Während Paragraph 1 den Aktionsradius der Gesellschaft

über Frankfurt hinaus auf das Gauggebiet ausdehnte, grenzte Paragraph 2 den Kreis der Mitglieder ein. „Mitglied der Gesellschaft“, so die von der Gauleitung diktierte Satzung, „kann jeder deutsche Reichsbürger sein.“ Da die Juden durch das unter die „Nürnberger Gesetze“ fallende „Reichsbürgergesetz“ vom 15. September 1935 ihrer Bürgerrechte beraubt worden waren, konnten sie ein Jahr später auch keine Polytechniker mehr sein.

Gauleiter Sprenger zog von nun an die Fäden in der Polytechnischen Gesellschaft. Der in Paragraph 4 der neuen Satzung als „Vereinsführer“ bezeichnete Präsident wurde durch den Gauleiter bestellt und abberufen. Der seit Bestehen der „Gesellschaft“ den Vorstand unterstützende Engere Ausschuss wurde durch einen Beirat ersetzt, sämtliche Mitglieder gegen überzeugte Nationalsozialisten ausgetauscht. Dem Beirat gehörte auch der unter die Polytechniker aufgenommene Wilhelm Avieny als verlängerter Arm des Gauleiters an. Nachdem eine außerordentliche Mitgliederversammlung am 16. September 1936 die NS-Satzung beschlossen hatte, konnte Gauleiter Sprenger in der Polytechnischen schalten und walten, wie es ihm beliebte. Dank neuer Archivfunde ist das NS-Kapitel sicherlich einer der interessantesten Abschnitte in der neuen Vereinsgeschichte.

In der zweiten Mitgliederversammlung nach dem Ende der NS-Diktatur, wurde am 26. März 1946 eine neue entnazifizierte Satzung verabschiedet. Mit den Statuten beschlossen die 14 anwesenden Polytechniker die Änderung des Vereinsnamens in „Polytechnische Gesellschaft“, zum neuen Präsidenten wählten sie den Frankfurter Oberbürgermeister Kurt Blaum. Der recht allgemein formulierte Vereinszweck umfasste die Förderung „technischer und kultureller, künstlerischer und humanitärer Unternehmungen jeder Art in Frankfurt und Umgebung.“

Mit einem Beispiel für das Engagement der Polytechniker nach 1945 und dem schönsten Zitat aus der Geschichte der Polytechnischen Gesellschaft komme ich zum Schluss meiner Ausführungen.

Der Wiederaufbau der 1944 bei den schweren Luftangriffen auf Frankfurt zerstörten Alten Oper wird für gewöhnlich nur mit der 1964 von Fritz Dietz gegründeten „Aktionsgemeinschaft“ verknüpft. Schon 1951 hatte sich



jedoch zur Bewahrung der Ruine der Ausschuss „Rettet das Opernhaus“ konstituiert. Die Geschäftsführung übernahm für den Ausschuss die Polytechnische Gesellschaft. Während es in der Bürgerschaft weite Kreise gab, denen der Wiederaufbau gerade dieses Bauwerks ein Anliegen war, hielten maßgebliche Vertreter des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung den Wiederaufbau des Opernhauses nicht für vordringlich.

In dieser jahrelangen Auseinandersetzung zwischen den städtischen Gremien und den engagierten Bürgern stellte der Vorsitzende des Ausschusses „Rettet das Opernhaus“, der Polytechniker Max Flesch-Thebesius, im Mai 1954 eine Feststellung in den Raum, die – da bin ich mir sicher – jeder hier im Saal unterschreiben würde.

Sie lautet:

„Wir wollen in Frankfurt nicht Einwohner, sondern Bürger dieser Stadt sein!“

(Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit!)